

So erlaubte die Regierung Anfang Juli, dass die Elektrizitätswerke ihre Preise anheben, um die erhöhten Preise von Kohle weiterzugeben und notwendige umweltpolitische Auflagen finanzieren zu können. Der Preis für Elektrizität wurde um durchschnittlich 0,025 Yuan RMB pro Kilowattstunde angehoben. Nach Angaben der National Development and Reform Commission, die für die Planung im Energiesektor zuständig ist, war dies die erste Erhöhung der Elektrizitätspreise seit Mai 2005.

Die Preiserhöhung erfolgte im Rahmen eines von der Regierung festgelegten Mechanismus, der die Kosten für Energie an die Marktpreise für Kohle bindet. Diesem Mechanismus zufolge können die Elektrizitätspreise erhöht werden, wenn die Preise für Kohle in einem Zeitraum von sechs Monaten um durchschnittlich 5% steigen.

Trotz einer Ausweitung der Kraftwerkskapazitäten in den letzten Jahren kommt eine neuere Studie zu dem Schluss, dass aufgrund des rasanten Nachfraganstiegs die Kapazitäten noch stärker ausgebaut werden müssen. Die Untersuchung mit dem Titel „China Electricity Market 2006“ wurde gemeinsam von der Unternehmensberatung Capgemini, der Electricité de France (EDF) und dem China Electricity Council erstellt. Basis der Studie sind Befragungen von mehr als 140 chinesischen Führungskräften im Energiesektor und 50 persönliche Interviews mit Industrieexperten und ausländischen Investoren. Wichtigstes Ergebnis der Untersuchung ist, dass das bisherige Bedarfswachstum offensichtlich unterschätzt wurde und statt der bis 2020 als notwendig angesehenen zusätzlichen Kraftwerkskapazi-

tät von 950 Gigawatt weitere 280 Gigawatt erforderlich sind.

Die Studie zeigt weiterhin, dass die Bedeutung der Kohle als Energieträger kaum abnimmt. Die offiziellen Pläne gehen davon aus, dass der Anteil der Kohle am Energiemix von derzeit 73% auf 68% im Jahre 2010 und auf 60% im Jahre 2020 zurückgehen wird. Dagegen kommt die Studie zu dem Schluss, dass auch im Jahre 2020 kohlebefeuerte Kraftwerke noch 65% der Elektrizität erzeugen werden. (*The Straits Times* Interactive, 5.7.06; WST, 3.7.96; SCMP, 4.7.06; NfA, 29.6.06)

## SVR Hongkong

Günter Schucher und Katrin Willmann

### Prominente Fürsprecher für Demokratisierung des Wahlrechts

Anson Chan und Regina Ip, zwei hochrangige Politikerinnen während der Regierungszeit des früheren Hongkonger Regierungschefs (*Chief Executive*) Tung Chee-hwas, haben sich im Sommer 2006 auf der politischen Bühne der Sonderverwaltungsregion (SVR) zurückgemeldet und treten seither für konstitutionelle und politische Reformen ein.

Die heute 66-jährige Anson Chan hatte von 1997 bis 2001 das Amt der *Chief Secretary of Administration* inne und war überraschend vorzeitig von ihrem Amt zurückgetreten. Ihr Engagement für die Einführung eines allgemeinen Direktwahlrechts zeigte

sich bereits durch ihre Teilnahme an den Massendemonstrationen im Dezember 2005, als die Hongkonger Bevölkerung nach dem Scheitern der Wahlrechtsreform in der Legislativversammlung für die Vorlage eines Zeitplans eintrat (vgl. C.a., 1/2006, S. 137-138). Nun beteiligte sie sich am 1. Juli d.J., dem Jahrestag der Rückgabe Hongkongs an die VR China, erneut auf Seiten des prodemokratischen Lagers an den Demonstrationen und kritisierte offen den Reformpfad der Regierung (siehe nachfolgende Dokumentation). Eng verknüpft mit ihrem verstärkten Engagement für eine konstitutionelle Reform sind Spekulationen über ihre mögliche Kandidatur für das Amt des *Chief Executive* im März 2007. Eine Stellungnahme hierzu vermied Chan bislang jedoch.

Regina Ip war im Zuge der Regierungskrise um das Antisubversionsgesetz im Juli 2003 als Ministerin für innere Sicherheit aus der Regierung Tung Chee-hwas ausgeschieden (vgl. C.a., 2003/7, Ü 19). Sie machte im Juni d.J. in der Hongkonger Presse durch die Veröffentlichung einer Zusammenfassung ihrer Abschlussarbeit für ihr Studium an der kalifornischen Stanford Universität Schlagzeilen. Die Arbeit mit dem Titel *Hong Kong: A case study in democratic development in transitional societies* befasst sich mit ihren Ideen zur demokratischen Entwicklung in Hongkong. Regina Ip wird nun Interesse an einer Kandidatur für einen Direktwahlsitz in der nächsten Legislativversammlung (*Legislative Council*) nachgesagt. Mitte Juli gründete Ip zudem den Think Tank *Savantas Policy Institute* und ist Moderatorin in der politischen Talkshow „Regina Ip’s Blog“, in

die Politiker aller Hongkonger Parteien als Gesprächspartner eingeladen werden.

Beide Frauen scheinen durch ihre Kommentierung der Politik unter *Chief Secretary* Donald Tsang und das Einbringen eigener Ideen zunehmend Einfluss auf die Debatte um die weitere Demokratisierung des Wahlrechts und die Fortentwicklung des politischen Systems der SVR nehmen zu wollen. Chan und Ip befürworten eine schnelle Einführung allgemeiner Direktwahlen. Ferner betonen sie die Wichtigkeit, die politischen Parteien in Hongkong weiterzuentwickeln und den gewählten Abgeordneten als Teil der Legislative mehr Einflussmöglichkeiten auf politische Entscheidungen in der Exekutive zu geben. Während Chan damit zu ihrer Rolle als „Gutes Gewissen“ Hongkongs, wie sie während ihrer Amtszeit betitelt wurde, zurückgefunden haben dürfte, deuten die Äußerungen Regina Ips auf eine vollständige Umkehrung ihrer politischen Einstellung, seit sie Teil der Regierung unter Tung Chee-hwa war. Noch im Jahr 2002 hatte sie gewarnt, dass Demokratie kein Allheilmittel sei und war wegen ihres rigiden Festhaltens an dem Antisubversionsgesetz zum Ziel der Kritik des prodemokratischen Lagers geworden.

Wie ein Hongkonger Kommentator in der *South China Morning Post* argumentierte, markiere allein die Tatsache, dass die Stoßrichtung für einen demokratischen Wandel von zwei früheren Staatsbediensteten ausgehe, einen signifikanten Wendepunkt in der Debatte um konstitutionelle Reformen (SCMP, 24.7.06). Chan und Ip scheinen außerdem das Vakuum zu füllen, das die prodemokratischen Parteien nach dem Scheitern

der Wahlrechtsreform nicht zu füllen vermögen. Abzuwarten bleibt nun, wie sich beide im Hongkonger Parteienlager und in der Wirtschaftslobby positionieren werden und welche Allianzen sie eingehen werden, um ihre Bemühungen vorantreiben zu können. Das regierungsfreundliche Parteienlager fühlt sich mittlerweile wohl durch den Vorstoß der beiden Frauen herausgefordert. So kündigte die DAB Mitte Juli an, im nächsten Jahr einen eignen Plan für die weitere Demokratisierung Hongkongs vorzulegen. (SCMP, 4., 6., 13., 17., 25.7..06; ST, 1., 19.7.06) (Katrin Willmann)

### **Weniger Demonstranten am neunten Jahrestag des Souveränitätswechsels**

Während im Dezember 2005 nach dem Scheitern der Wahlrechtsreform noch geschätzte 250.000 Bürger der Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong für eine Änderung des bestehenden Wahlrechts demonstriert hatten, konnte eine solch hohe Beteiligung anlässlich des Jahrestages der Rückgabe Hongkongs an die VR China am 1. Juli 2006 nicht wieder erzielt werden. Die Organisatoren schätzten die Zahl der Demonstranten auf ca. 58.000, die Hongkonger Polizei sprach dagegen von 28.000 Teilnehmern.

Obwohl diese Zahl über derjenigen des Vorjahres lag, als anlässlich des achten Jahrestages des Souveränitätswechsels 21.000 Hongkonger Bürger demonstrierten, gab es im Vorfeld Gründe zur Annahme, dass die Bevölkerung mit größerem Nachdruck ihr Votum für mehr Demokratie abgeben würde. Erstens steht seit dem Scheitern der

Wahlrechtsreform im Dezember letzten Jahres ein Zeitplan für die Einführung allgemeiner Direktwahlen weiterhin aus. Zweitens deuten die von festländischen Rechtsexperten formulierten sechs Bedingungen für eine Änderung des Wahlrechts auf weitere Verzögerungen hin und drittens kündigte die prominente Befürworterin einer Reform des Wahlrechts, die frühere *Chief Secretary of Administration* Anson Chan, ihre Teilnahme an und rief zu einer starken Beteiligung auf (siehe dazu obige Dokumentation; vgl. C.a., 4/2005, Ü 38; 1/2006, S. 137-138; 3/2006, S. 147-148).

Hongkonger Medien sehen in der geringeren Beteiligung im Vergleich zum Dezember 2005 ein Spiegelbild für die Zufriedenheit der Bevölkerung mit der derzeitigen Regierung unter *Chief Executive* Donald Tsang. Auch wenn der anhaltende wirtschaftliche Aufschwung mit einer stetig sinkenden Arbeitslosenrate von derzeit 5,0%, nicht allein Tsangs Regierungsführung zuzuschreiben ist, dürfte er trotzdem in den Umfragen am meisten davon profitieren. Ein weiterer Pluspunkt könnte die zurückhaltende Reaktion der Regierung und der beijingfreundlichen Kräfte in Hongkong sowie der Staats- und Parteiführung in Beijing auf die Anforderungen Anson Chans sein, so schnell wie möglich allgemeine Direktwahlen einzuführen. Meldungen über eine entschiedene Verurteilung ihrer Aussagen hätten sicherlich mehr Demonstranten auf die Straßen gelockt. Eine andere Einschätzung lieferten die Organisatoren der Proteste. Sie stellten die Teilnehmerzahl als Erfolg dar und sprechen nun von einer Tradition der Protestmärsche für mehr Demokratie in Hongkong

Tab. 1: Anzahl der Haushaltshilfen und deren Herkunft

Herkunftsland	Dezember 1993	Dezember 2001	Juni 2006
Indonesien	6.100	68.800	100.110
Philippinen	105.400	155.450	119.580
Thailand	7.000	k.A.	4.400
Indien, Sri Lanka, Nepal	2.100	k.A.	3.610

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach dem Bericht des Immigration Department.

anlässlich des Jahrestages des Souveränitätswechsels.

Einen Erfolg verzeichneten die diesjährigen Proteste trotz der unterschiedlich zu bewertenden Beteiligung dennoch. Die Regierung der SVR kündigte in einer Pressemitteilung daraufhin an, trotz des Scheiterns des eigenen konstitutionellen Reformplans im letzten Jahr, weitere Modelle zur Einführung der allgemeinen Direktwahl des *Chief Executive* und der Legislativversammlung zu entwickeln und diese zu Beginn nächsten Jahres öffentlich machen zu wollen. (ST, 26.6.06; RTHK, Radio 3, 24.6.06, nach BBC, PF, 25.6.06; SCMP, 26.6., 1., 2.7.06; XNA, 1.7.06; FT; 1./2.7.06; NZZ; 3.7.06; [www.censtatd.gov.hk](http://www.censtatd.gov.hk); Hong Kong SAR website, 1.7.06) (Katrin Willmann)

## Lob für Hongkonger Arbeitsrecht

Human Rights Watch (HRW) hat im Rahmen eines umfangreichen Berichts zur Lage von Haushaltshilfen (*Swept under the rug: Abuses against domestic workers around the world*, <http://hrw.org/reports/2006/wrd0706/>) die entsprechenden arbeitsrechtlichen Bedingungen in Hongkong gelobt:

Hong Kong is one of the few places where the government guarantees equal protection under its labor laws. The norm is for governments to exclude domestic workers from these laws altogether, or to provide weaker, poorly enforced regulations that leave employers enjoying virtual impunity to exact excruciatingly long hours of work for grossly inadequate wages. [...] Labor legislation in Hong Kong sets a positive example: domestic workers have the right to a minimum wage, a weekly day of rest, maternity leave, and public holidays. Most countries around the world, however, exclude domestic work from their labor codes or provide for lesser rights.

Die Anzahl der Haushaltshilfen und deren Herkunft geht aus dem jüngsten Bericht des Immigration Department hervor, der auch die Veränderungen seit dem Jahr 1993 aufzeigt (siehe Tabelle 1).

Das Lob von HRW bedeutet allerdings nicht, dass es nicht auch in Hongkong Klagen zur Lage der Haushaltshilfen gibt. So wird z.B. bemängelt, dass Verträge mit einem Monat Frist ohne Angabe von Gründen gekündigt werden können. Und am 23.

Juli demonstrierten einige Hundert für eine Wiederanhebung der Mindestlöhne. Diese waren in der Rezession 2003 von 3.670 HK\$ auf 3.270 HK\$ monatlich abgesenkt und zwischenzeitlich nur auf 3.400 HK\$ wieder erhöht worden. Die Haushaltshilfen haben die Hongkonger Regierung deswegen verklagt und bezeichnen die Kürzung als indirekte Besteuerung. (SCMP, 22., 28.7.06; WSJ, 23.7.06) (Günter Schucher)

### **Schwierige Reform des Gesundheitssystems**

Laut einer Untersuchung der Hong Kong Primary Care Foundation haben gut 80% der 40- bis 65-jährigen Hongkonger gesundheitliche Probleme, aber nur 41% lassen sich regelmäßig medizinisch untersuchen, und nur 30% haben einen Hausarzt. Andererseits hat Hongkong eine der höchsten Raten für Krankenhausaufenthalte und belegte Krankenhausbetten in der Welt, wie die Action Group on Medical Policy herausfand. Die Raten übersteigen die anderer entwickelter Länder um fast 70%, nur Frankreich liegt noch vor Hongkong. Dennoch weist der Vertreter der Gruppe die Schlussfolgerung von sich, Hongkonger wären von schlechter Gesundheit, zumal sie weltweit die zweithöchste Lebenserwartung haben. Vielmehr führt er die häufige Behandlung in Krankenhäusern auf die günstigen Kosten zurück; Patienten haben weniger als 2% der täglichen Behandlungskosten von 3.300 HK\$ zu zahlen. Dementsprechend fordert er neue Finanzierungsmodelle.

Mit der Finanzierung des Gesundheitswesens bzw. dessen Reform befasst sich auch

das Health and Medical Development Advisory Committee unter der Leitung von Gesundheitsminister Chow. Das 13-köpfige Komitee wurde im März 2005 eingerichtet und sollte schon Ende letzten Jahres einen Bericht zur Gesundheitsreform vorlegen. Speziell die Finanzierungsfragen scheinen allerdings komplizierter zu sein als zunächst angenommen. Im November 2005 wurde dazu eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die Daten und Finanzierungsmodelle erarbeitet, die die Entwicklung bis 2030 berücksichtigt, darunter auch die demographische Entwicklung sowie die Entwicklung von Anforderungen und Kosten. Mit der Veröffentlichung des Berichts ist allerdings nicht vor dem Jahr 2007 zu rechnen.

Unterdessen vereinbarten Hongkong, Macau und Guangdong auf dem 6. Dreiseitigen Treffen der Expertengruppe zur Vorsorge und Kontrolle von Infektionskrankheiten, auf diesen Gebieten noch enger zusammenzuarbeiten. Die Weitergabe von Informationen, technische Hilfe, Ausbildung von Personal und berufliche Unterstützung wurden ebenso weiter formalisiert wie Notmaßnahmen beim Ausbrechen von Grippe, Geflügelgrippe oder anderen infektiösen Krankheiten. (SCMP, 29.5., 16., 26., 29.6.06) (Günter Schucher)

### **Luftverschmutzung beeinträchtigt Lebensqualität**

Zu 45% der Zeit ist die Sicht in Hongkong durch Luftverschmutzung beeinträchtigt, besagt eine Studie, an der u.a. die Chinese University und die Hong Kong University beteiligt waren. Eine bessere Qualität der Luft

könnte danach in Hongkong jährlich 1.600 Menschenleben retten und 21 Mrd. HK\$ sparen (z.B. an Kosten für die medizinische Versorgung, für Produktionsausfälle durch Krankheit). Das Problem hat sich so verschärft, dass innerhalb kürzester Zeit, von Oktober 2005 bis Februar 2006, im Rahmen von Umfragen zu einem Index zur dauerhaften Entwicklung die Zufriedenheit mit dem Umweltschutz deutlich absackte – vom fünften auf den neunten Platz. Der Index beruht auf der Bewertung von zehn für das Leben in der Stadt wichtigen Aspekten. Anson Chan, die „Botschafterin“ des Index, betonte entsprechend, dass die Befragten eindeutig über die Verschlechterung der Luftqualität am meisten enttäuscht seien.

Die Regierung will nun die neuen Standards zur Luftreinhaltung bis zum Jahr 2009 einführen. Dafür soll Anfang des nächsten Jahres eine Studie begonnen werden, die bis September 2007 klarstellen soll, wie die Standards der WHO zu erreichen seien. Diese soll dann im Jahr 2008 öffentlich diskutiert werden. Umweltschützer kritisieren diese langen Fristen, da sie den Behörden als Entschuldigung fürs Nichtstun dienen können. Zugleich ist allen bewusst, dass ohne die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit der Provinz Guangdong ohnehin kaum Besserung zu erwarten ist. Dieselben Unternehmen, die in Hongkong beklagen, dass sie wegen der schlechten Luft Probleme haben, ausländische Fachkräfte zu gewinnen, würden in Guangdong produzieren, um die niedrigeren Standards auszunutzen. (SCMP, 9., 17.6., 14.7., 1.8.06; FT, 6.7.06) (Günter Schucher)

## Hongkong will regionaler Bildungs-Hub werden

16.302 neue Studenten haben in diesem Jahr die Aufnahmeprüfungen für die lokalen Hochschulen bestanden. Bei 34.977 Kandidaten waren dies 47,5%, eine leicht niedrigere Rate als die 49,2% im Vorjahr. Ansonsten verzeichnete die Examinations and Assessment Authority leichte Steigerungen: Es hatten sich 3,4% mehr Kandidaten beworben, 74,5% (gegenüber 73,7% im Vorjahr) haben die A-Level-Fächer bestanden und 3,7% (gegenüber 3,6%) haben den A-Grad erreicht. Die Sprachfächer Chinesisch und Englisch haben 81,5% bestanden, etwas weniger als die 82,1% vom Vorjahr. Die Sprachfähigkeiten Hongkonger Schüler und Studenten sind seit längerem ein Streitpunkt in der Diskussion um den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der Stadt. Kritiker verwiesen denn auch darauf, dass die Rate im zweiten Jahr in Folge gefallen sei.

Dass die Hongkonger Hochschulen attraktiv sind, zeigt auch die stetig wachsende Zahl von Bewerbern vom Festland. Über 30.000 waren es in diesem Jahr, von denen über 1.000 einen Studienplatz bekommen haben. Die Auswahl ist dabei sehr restriktiv. So erhielt die University of Hong Kong 10.231 Bewerbungen (gegenüber 4.848 im Vorjahr), nahm aber nur sechs Bewerber auf. Die City University steigerte die Aufnahme von 193 im Vorjahr auf 210. Die Hong Kong University of Science and Technology erhielt 6.300 Bewerbungen und ließ 160 Festlandstudenten zu.

Trotz dieser Zahlen bleibt das Bildungssystem in der Kritik, ob es wirklich geeig-

net ist, Hongkongs Wettbewerbsfähigkeit zu wahren. Um künftig noch mehr Studenten von außerhalb der Stadt zu gewinnen – die Hochschulen fordern eine Steigerung von 10% auf 20% der Studenten –, soll Hongkong nach dem Willen der Regierung zu einem regionalen Bildungs-Hub entwickelt werden. Um dafür die Pläne zu entwerfen, wurde ein hochrangiges Steuerungskomitee eingerichtet. Dass es dabei nicht nur um Strukturen und Curricula geht, machten Forderungen deutlich, mehr Ressourcen für Wohnheime zur Verfügung zu stellen. Jeder Student solle die Möglichkeit haben, zumindest für ein Jahr einen Wohnheimplatz zu erhalten – und einheimische Studenten sollten dabei nicht von auswärtigen verdrängt werden können. Kritisch wird unter dem Gesichtspunkt der Bildungsförderung auch die vorgeschlagene Dienstleistungssteuer gesehen. Zumindest der öffentliche Sektor, fordern Bildungspolitiker, solle von der Steuer ausgenommen werden, wenn nicht gar der gesamte Bildungssektor.

Ein dringend zu reformierender Bereich bleibt letztlich auch die sekundäre Bildung. Auch in diesem Jahr zitterten viele 16- bis 17-Jährige vor den Ergebnissen der Prüfungen für die 6. Stufe (Form Six), deren Bestehen ihnen die Teilnahme an den A-Level-Prüfungen und die Aufnahme in eine Hochschule ermöglichen wird. Nur ein Drittel der Bewerber bekommen einen Platz, was nach Ansicht Hongkonger Bildungspolitiker viel zu wenige sind – auch im internationalen Vergleich: In den USA und Europa liege die Quote bei über 80%. Dieser Engpass müsse dringend beseitigt werden, um den Anteil derjenigen, die die Schule fortset-

zen können, zu erhöhen. Die Steigerung der Schulplätze sei auch notwendig, um Hongkong für Fachleute und Investoren aus dem Ausland attraktiv zu halten. Viele hätten Kinder gerade in dem entsprechenden Alter und würden, während sie Umweltverschmutzung oder hohe Immobilienpreise zumindest für eine gewisse Zeit in Kauf nehmen würden, bei fehlenden Ausbildungsplätzen für ihre Kinder einen Arbeitsplatz in Hongkong ablehnen. Diese ausländischen Experten seien aber für Hongkongs Wettbewerbsfähigkeit sehr wichtig – und könnten auch zur Milderung des Problems einer alternden Bevölkerung beitragen.

Aber auch für Hongkonger ist der Bildungsbereich von großer Bedeutung bei der Entscheidung, ein Kind zu bekommen. Während 1980 noch drei Kinder pro Frau geboren wurden, sind es derzeit noch 0,9. Einer Erhebung der *South China Morning Post* zufolge kostet ein Kind bis zu seinem 26. Lebensjahr die Eltern 11,67 Mio. HK\$, allein 5,2 Mio. HK\$ werden davon für die Bildung ausgegeben. (XNA, 29.6., 14.7.06; SCMP, 7., 22., 30.6., 3., 20.7., 1.8.06; NZZ, 10./11.6.06) (Günter Schucher)